

Reich. Bismarck und die außenpolitische Vertretung Bayerns 1875–1882, in: ZBLG 26 (1963), S. 323–369.

<sup>30</sup> Zitat bei *Karl Alexander von Müller*: Das Bayerische Problem in der deutschen Geschichte. München 1931, S. 32. Geäußert in einem Erlass vom 5. März 1865 an den preußischen Gesandten in München.

<sup>31</sup> *Meminger*, Bayernkönig (wie Anm. 4); knapp: *Wilhelm Liebhart*: Königtum und Politik in Bayern. Frankfurt a. M. 1994, S. 141f.

<sup>32</sup> Zitat aus *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 348.

<sup>33</sup> A. a. O., S. 349.

<sup>34</sup> A. a. O., S. 352f.

<sup>35</sup> A. a. O., S. 357.

<sup>36</sup> A. a. O., S. 358.

<sup>37</sup> A. a. O., S. 367.

<sup>38</sup> A. a. O., S. 368.

<sup>39</sup> Zum Folgenden zuverlässig *Wilhelm Wöbking*: Der Tod König Ludwigs II. von Bayern. Eine Dokumentation. Rosenheim 1986, S. 23–52. – Die seinerzeit im 100-jährigen Todesjahr des Königs geäußerte Kritik an diesem Buch war und ist ungerechtfertigt. Der Verfasser hatte Zugang zum Geheimen Hausarchiv.

<sup>40</sup> Schreiben Bismarcks bei *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39) S. 27f.

<sup>41</sup> Zitat bei *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 28. Folgendes Zitat ebd.

<sup>42</sup> *Karl Alexander von Müller*: Bismarck und die Königskatastrophe 1886. In: Süd-deutsche Monatshefte 29 (1932), S. 648–661. Zitat S. 652f.

<sup>43</sup> Zitat a. a. O., S. 655.

<sup>44</sup> A. a. O.

<sup>45</sup> A. a. O., S. 655.

<sup>46</sup> A. a. O., S. 657.

<sup>47</sup> Zitat a. a. O.

<sup>48</sup> A. a. O., S. 656.

<sup>49</sup> Zitat bei *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 339.

<sup>50</sup> Zum ganzen Komplex vgl. *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39); *Heinz Häfner*: Ein König wird beseitigt. Ludwig II. von Bayern. München 2008 und sein Schüler *Felix Sommer*: Psychiatrie und Macht. Leben und Krankheit König Ludwig II. von Bayern im Spiegel prominenter Zeitzeugen. Frankfurt a. M. 2009.

<sup>51</sup> *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 339.

<sup>52</sup> Zitiert nach *Wöbking*, Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 93.

<sup>53</sup> *Müller*, Bismarck (wie Anm. 42), S. 661.

Anschrift des Verfassers:  
Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

## »Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft«

Zur Wirtschaftsgeschichte im Bezirksamt Bruck (Landkreis) 1923 bis 1943

Von Klaus Wollenberg

Mit dem Ausbruch und Verlauf des Zweiten Weltkrieges stellte sich für das Deutsche Reich aufgrund der Einberufungen das Problem eines chronischen Arbeitskräftemangels ein. Bereits davor bestand aber seit den 1920er-Jahren ein Mangel besonders an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Der NS-Staat versuchte das Problem bis 1939 zu lösen. Der Kriegsausbruch verschärfte die Krisensituation, sodass sie nur mit Hilfe von Fremd- und Zwangsarbeitern zu entspannen war. Die Situation der Fremd- und Zwangsarbeiter im Landkreis Fürstfeldbruck während der Kriegsjahre wird in einem Folgebeitrag beschrieben.

### Allgemeiner Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft

Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften führte in den Gemeinden des Bezirksamts Fürstfeldbruck (ab 1939 »Landratsamt«) seit den 1920er-Jahren zu großen Problemen. Bereits im Januar 1923 beklagte Bezirksamtman Dr. Wein<sup>1</sup>, dass die Zahl der aus dem Gebiet Fürstfeldbruck in den Jahren 1920 und 1921 abgewanderten landwirtschaftlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Diensthilfen zwischen 1.600 und 1.800 Personen liegt.<sup>2</sup> Die Folgen von Erstem Weltkrieg (1914–1918) und Weltwirtschaftskrise (1929ff.) verschärfen den Personalmangel im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei). Andererseits verloren im sekundären (Gewerbe, Industrie) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Die Nationalsozialisten widmeten sich deshalb nach ihrer Machtübernahme im März 1933 unter großem Propagandaaufwand der Frage, wie die Sicherung von Arbeitskraft in der Landwirtschaft sowie der Abbau von Massenarbeitslosigkeit in Gewerbe und Industrie erreicht werden könnte. Das Bezirksamt Fürstfeldbruck vermerkte deshalb in seinem Amtsblatt vom August 1933 den Aufruf des Bayerischen Ministerpräsidenten, Ludwig Siebert, an alle Gemeindebehörden zur Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Darin hieß es: [...] jeder einzelne Dienstherr und Unternehmer außerhalb der Landwirtschaft muß in dieser Zeit von der Einstellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte unter allen Umständen absehen. Höher als das eigene Interesse steht das Volksinteresse. Ein ganz besonders wichtiges Volksinteresse erblickt die Staatsregierung in der Beseitigung des

Missverhältnisses der Arbeitsmarktlage zwischen Stadt und Land.<sup>3</sup> Offenbar zeigte der Aufruf des Ministerpräsidenten keine Wirkung, denn im Mai 1934 schob die Bayerische Staatsregierung das »Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes« sowie im März 1935 die Anordnung zum Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften nach, in dessen ersten Paragraphen festgehalten wurde: *Die Vorsitzenden der Arbeitsämter können verlangen, dass Personen, die in der Zeit vom 1. Januar 1932 bis zum Inkrafttreten dieser Anordnung als landwirtschaftliche Arbeiter, ländliches Gesinde, Wanderarbeiter (Schnitter), Melker oder als Familienangehörige des Unternehmers in der Landwirtschaft wenigstens zwei Jahre tätig waren, aber in anderen als landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer (Arbeitgeber) ihres Betriebes entlassen werden [...].*<sup>4</sup>

In der Landwirtschaft, die für den Markt (seit 1935 »Stadt«) Fürstfeldbruck weniger bedeutend als für die Gemeinden des Bezirks war, sollte nach nationalsozialistischer Vorstellung unter dem Begriff *Blut und Boden*, die enge Verbundenheit der in einer »Blutgemeinschaft stehenden Geschlechter (gemeinsame Rasse, Sippe, Familie) mit dem von ihnen bebauten Boden« zum Ausdruck kommen. Auf diesem Weg suchten die Nationalsozialisten dem wirtschafts- und sozialpolitisch brisanten Problem zunehmender Überschuldung und Versteigerung von landwirtschaftlich genutzten Bauernhöfen zu begegnen. In Hitlers »Mein Kampf« hieß es, dass *ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen [war], wie wir sie heute besitzen. [...] viele unserer heutigen Leiden sind nur die Folge des ungesunden Verhältnisses zwischen Land- und Stadtvolk [...]. Industrie und Handel treten von ihrer ungesunden führenden Stellung zurück und gliedern sich in den allgemeinen Rahmen einer nationalen Bedarfs- und Ausgleichswirtschaft ein.*<sup>5</sup>

### Wirtschaftsprogramm der NSDAP

Im Wirtschaftsprogramm der NSDAP von 1924, verfasst von Gottfried Feder, war festgehalten, dass *der Nationalsozialismus die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als der Grundlage eines kraftvollen Volkstums und der Volksernährung mit allen Mitteln unterstützen und fördern [wird].* Zudem wurde der Begriff der *Zinsknechtschaft* in diesem Zusammenhang gebraucht. Die Aufgabe

der Volkswirtschaft [sah man] in der Bedarfsdeckung und nicht in einer möglichst hohen Rentabilität für das Leihkapital.<sup>6</sup> Die gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt aufrechtzuerhalten – so die NS-Zielsetzung der 1920er-Jahre, als Hitler noch nicht im Dialog und der Förderung der Großindustrie stand.

#### Reichserbhofgesetz

Die Präambel zum Reichserbhofgesetz von 1933 legte fest: *Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquelle des deutschen Volkes erhalten. [...] die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.*<sup>7</sup> Mit dem zum 1. Oktober 1933 in Kraft getretenen Reichserbhofgesetz sollte, mit den Worten von Reichsminister und Reichsbauernführer Walther Darré formuliert, dafür gesorgt werden, *dass die Scholle dem deutschen Volke sowohl Ernährer als auch der gesunde rassistisch biologische Untergrund verbleibt, auf dem noch nach einem Jahrtausend deutsche Geschichte gemacht wird.*<sup>8</sup> Ein landwirtschaftlicher Erbhof war ohne Anmeldung und Eintragung in die Höferolle mit Inkrafttreten des Gesetzes vorhanden, wenn bestimmte Voraussetzungen vorlagen: land- oder forstwirtschaftliche Nutzung, Eigentümer selbst oder dessen Familie nutzen den Hof, Alleineigentum einer bauernfähigen Person, eine gewisse Mindestgröße, aber höchstens 125 ha Flächenumfang. Der Hof musste so groß sein, dass seine *Ackernahrung*, also die aus der Bewirtschaftung resultierenden landwirtschaftlichen Erträge, die Familie des Bauern unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage ernähren und bekleiden sowie den Wirtschaftsablauf des Erbhofs erhalten konnte.

#### Erbhöfe

Im Jahr 1939 bestanden in den Gemeinden des Landkreises Fürstenfeldbruck 1.083 Erbhöfe. Insgesamt wurden im gleichen Jahr in den Kommunen 3.267 (1925: 3.806 Höfe) land- und forstwirtschaftliche Betriebe bewirtschaftet, sodass jede dritte landwirtschaftliche Stelle die Kriterien eines Erbhofes erfüllte. In der Stadt Fürstenfeldbruck gab es 139 Bauernstellen, von denen lediglich zwei als Erbhöfe ausgewiesen waren.

#### Beschäftigte insgesamt

Im Bezirk Fürstenfeldbruck reduzierte sich zwischen 1925 und 1939 die Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, gemessen an der Beschäftigtenzahl, von rund 48 auf 34 Prozent, während Handwerk und Gewerbe von 24 auf 32 Prozent anwuchs und der Dienstleistungsbereich (einschließlich der öffentlichen Dienste) von 28 auf 33 Prozent hinzugewann. Die Landwirtschaft beklagte einen Arbeitskräftemangel. Für die Stadt Fürstenfeldbruck sahen die Kennzahlen zu den Erwerbspersonen noch deutlicher aus (Stand Dezember 1937): Von der städtischen Gesamtbevölkerung mit 7.233 Personen galten 49,3 Prozent als erwerbstätig (3.566 Personen), davon 68,4 Prozent Männer. Von diesen Erwerbspersonen arbeiteten 6,2 Prozent in der Landwirtschaft, 27,5 Prozent im Handwerk und Industrie, 18,3 Prozent im Handel/Verkehr, 39,2 Prozent in öffentlichen und privaten Dienstleistungen und 8,8 Prozent in häuslichen Diensten.<sup>9</sup>

Mit ihrem Dienstleistungsanteil von rund 40 Prozent (einschließlich des öffentlichen Dienstes) überragte Fürstenfeldbruck den bayerischen Durchschnittswert mit 7,3 Prozent und den des Reiches mit 8,4 Prozent sehr deutlich. In der Wohnstadt Fürstenfeldbruck mit den im Ort eingerichteten

Ämtern, Behörden, der Polizeischule und dem Fliegerhorst als administrativem Zentrum eines sehr ländlich strukturierten Umlandes, bildeten die Beamten und Angestellten mit 38,6 Prozent in der sozialen Gliederung die stärkste Gruppe, gefolgt von den Arbeitern mit 35,7 Prozent und den Selbständigen mit 14,5 Prozent.

#### Vierjahresplan

Die von Hitler geführte Reichsregierung legte 1934 einen Vierjahresplan vor, mit dem unter anderem das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie und Aufrüstungsmaßnahmen vorgegeben wurden. Damit einher ging das Bestreben, die deutsche Zahlungsbilanz (genauer: das Handelsbilanzdefizit) auszugleichen. Um diese Vorgabe zu erreichen, wurde auf vielen Feldern untersucht, inwieweit die durch Exportleistungen verdienten knappen Devisenbestände, anstatt diese für Importe ausgeben zu müssen, künftig durch die Produktion im eigenen Lande geschont und in der Folgezeit für militärisch notwendige Rohstoffe und Technik eingesetzt werden konnten. Für den Bezirk Fürstenfeldbruck bedeutete diese Felduntersuchung, dass in der Gemeinde **Olching** eine »Musterraupe-rei«, eine Seidenraupenzucht, eingerichtet wurde, damit Seide nicht mehr im Ausland für Devisen beschafft werden musste. Roland Bartmann hat darauf hingewiesen, dass es bereits im 19. Jahrhundert einen ähnlichen Versuch in Fürstenfeldbruck gegeben hat. Auch der Pfefferminzanbau in **Eichenau** erlebte zwischen 1933 und 1939 seinen Höhepunkt. In seinen monatlichen Berichten an die vorgesetzte Regierung von Oberbayern zur Situation im Bezirk wies in den Folgejahren der Fürstenfeldbrucker Amtsleiter, Dr. Karl Sepp<sup>10</sup>, immer wieder auf Fehlendes wie Arbeitskräfte, Dünger und Transportmittel in der örtlichen Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung der Versorgungssituation hin. Mehr schlecht als recht versuchten staatliche und parteiamtliche Stellen Fürstenfeldbrucks in den 1930er-Jahren, dem Arbeitskräfteproblem dadurch Herr zu werden, indem freiwillige Erntehilfeeinsätze von NS-Mitgliedern, Schulkindern, Hitlerjugend, BDM, weiblichem Arbeitsdienst und Soldaten des Fliegerhorstes organisiert wurden, aber: Der Mangel konnte nicht dauerhaft gelöst werden. Dennoch notierte Landrat Sepp im November 1939 an den Regierungspräsidenten von Oberbayern, dass *der Arbeitermangel in der Landwirtschaft wesentlich gemildert wurde durch Arbeitseinsatz von gewonnenen freiwilligen Helfern.*

#### Repressionen

Das Fürstenfeldbrucker Bezirksamt war gewillt, nicht untätig zu bleiben, wenn es Informationen über Arbeitsplatzfluchten in einer der 55 Gemeinden erlangte. Als man in der Behörde erfuhr, dass eine landwirtschaftliche Arbeiterin ihren Dienstplatz verlassen wollte, musste diese ein Revers unterschreiben, wonach sie im Falle des Bruches des Arbeitsvertrages mit der Rückführung zu rechnen hätte. Gegebenenfalls würde sogar ihre Überweisung in ein Konzentrationslager beantragt werden. In einem anderen Fall wurde einem örtlichen Knecht bekanntgegeben, *daß er die Einlieferung in das Konzentrationslager Dachau zu gegenwärtigen habe, im Falle er nochmals seinen Dienstplatz verläßt.*<sup>11</sup>

#### Auswirkungen der Garnison

Die Sparkasse für Stadt und Landkreis schrieb im Geschäftsbericht 1937, *dass die Tatsache, dass Fürstenfeldbruck nunmehr Garnisonsstadt der Wehrmacht geworden war, [...] sich in der Steigerung des Geschäftslebens stark bemerkbar macht. Das Bauhandwerk und die damit verbundenen Berufe waren hauptsächlich durch die Wehrmachts-*

bauten das ganze Jahr über voll beschäftigt, so dass mitunter Arbeitskräftemangel herrschte. Die Bauarbeiten des neuen Fliegerhorstes wurden in den Jahren 1936 und 1937 ebenso finanziell über die Fürstenfeldbrucker Sparkasse abgewickelt wie der weitere Betrieb bis 1945.<sup>12</sup>

### Finanzpolitik

Die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Aufbau der Wehrmacht im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden fast ausschließlich über Kreditfinanzierungen und die Notenpresse organisiert. Dadurch stieg das Geldvolumen stärker an als das Sozialprodukt, das real zwischen 1933 und 1938 um über 50 Prozent wuchs. Um das Ausbrechen der dadurch unvermeidlichen offenen Inflation zu verhindern, ordnete die Reichsregierung 1936 einen allgemeinen Preisstopp an, 1938 folgte ein Lohnstopp. Hingegen kaum Auswirkungen für Fürstenfeldbruck besaß die 1931 eingeführte Devisenbewirtschaftung, seit 1934 mehrfach verschärft. Bereits 1933 war die Gewerbefreiheit durch das »Gesetz zum Schutz des Einzelhandels« beseitigt worden.<sup>13</sup> Einige Tage vor Kriegsbeginn, am 27. August 1939, wurden Bewirtschaftungsanweisungen für den Warenverkehr zwischen Einzelhändler und Verbraucher durch die Reichsregierung mitgeteilt. Die infolge der Verordnung eingeführte Bezugsscheinpflicht für die meisten Waren des täglichen Bedarfs bedingte eine umfangreiche Verteilungsorganisation, die bis Kriegsende gut funktionierte. Beim Landratsamt Fürstenfeldbruck wurde das »Wirtschaftsamt« eingerichtet<sup>14</sup>, bei der örtlichen Kreisbauernschaft das »Ernährungsamt«<sup>15</sup>. Lenkung und Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion übernahm die Abteilung A des Ernährungsamtes, die Verteilung der Lebensmittel über den Einzelhandel an die Verbraucher lenkte die Abteilung B.

### Verschärfung der Arbeitsmarktlage seit 1939

Der seit September 1939 geführte Zweite Weltkrieg mit Einberufungen und Mobilmachung verschärfte das Problem fehlender landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Fürstenfeldbruck erneut, bis im Mai 1940 Landrat Dr. Sepp feststellte: *der Landkreis hat die Zuteilung von 2.000 polnischen Arbeitern beantragt, aber bisher wurden nur 264 zugeteilt.* Im Juni des gleichen Jahres wusste er zu berichten, dass *als große Erleichterung zur Behebung des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Möglichkeit empfunden wird, jetzt Kriegsgefangene in großer Zahl zu erhalten. Bereits über die Hälfte der Gemeinden hat davon Gebrauch gemacht. Das Eintreffen der Gefangenen wird täglich erwartet.*<sup>16</sup> Im Kriegsverlauf lassen sich für die Stadt rund 425 Fremd- und Zwangsarbeiter sowie 240 Kriegsgefangene mit deren Arbeitgebern belegen. In den Gemeinden des weiteren Landkreisgebiets wurden rund 6.000 ausländische Arbeitskräfte sowie 2.300 Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz herangezogen, die sich in geringer Zahl bereits in ihren Heimatländern oder deutscher Kriegsgefangenschaft freiwillig zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich hatten anwerben lassen. Überwiegend wurden sie zur Arbeitsleistung gezwungen, verließen ihre Heimatländer unter Zwang und nicht freiwillig.

### Stadt Fürstenfeldbruck

Auch die Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck profitierte vom Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. In den städtischen »Kriegshaushalten« zwischen 1940 bis 1945 finden sich für die an das Kriegsgefangenen-Stalag Moosburg/Isar zu zahlenden Löhne jährlich 12.000 – 60.000 RM ausgewiesen. Als im Juni 1940 die Hochwasserkatastrophe im Stadtgebiet und entlang der

Amper erhebliche Schäden verursachte und städtische Arbeiter aufgrund von Einberufungen für Ausbesserungsarbeiten nicht zur Verfügung standen, forderte Bürgermeister Schorer umgehend im Stalag Moosburg 20 weitere Kriegsgefangene an. Sie trafen im September in Fürstenfeldbruck ein und wurden für Uferschutz-, Asphalt-, Straßenbauarbeiten, Kanalreinigung, Anlageninstandsetzung und die Kiesgewinnung eingesetzt.<sup>17</sup> Untergebracht wurden sie im gleichzeitig als Gefangenenlager genutzten ehemaligen »Fischer-Haus«.

Die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern stieg seitens der gewerblichen Wirtschaft ebenso wie der Landwirtschaft im Kriegsverlauf auch im Fürstenfeldbrucker Gebiet weiter stark an. Es überrascht nicht, dass der Einsatz von Gefangenen und Fremdarbeitern mit den politischen und ideologischen Einstellungen der Nationalsozialisten um NSDAP-Kreisleiter Emmer<sup>18</sup> auf Befürchtungen und Bedenken der Sicherheits- und Ordnungsbehörden um Landrat Dr. Sepp sowie dem wirtschaftlichen Sachzwang von Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe prallten und immer wieder zu Auseinandersetzungen führten.

### Zukunftsplanungen

Die Gemeinsamkeit von Bürgermeister, Stadtrat und Landrat in der Frage, welcher wirtschaftliche Stellenwert Fürstenfeldbruck zukommt, *Garten- und Landstadt, nicht Industriestadt* zu sein, sollte mitten im Krieg Relevanz bekommen. Am 21. Februar 1941 erreichte das Brucker Rathaus ein Schreiben der Landesdienststelle Bayern des Deutschen Gemeindetages, in welchem mitgeteilt wurde, dass die Bezirksplanungsbehörde beim Regierungspräsidenten in München sich an den Gemeindetag mit folgendem Anliegen gewandt hatte: *Nach Abschluß des Krieges ist zu erwarten, dass in Oberbayern eine verstärkte Ansiedlung und teilweise auch Neuansiedlung von Industriebetrieben erfolgen wird. Vor allem sind es Betriebe, die im Zuge der Umbaumaßnahmen der Hauptstadt der Bewegung ihr Werk verlegen müssen und einen neuen Standort in der näheren oder weiteren Umgebung von München suchen. Andere Unternehmen wollen ihre Betriebe aus Gründen des Arbeitseinsatzes ganz oder teilweise in kleineren Stadt- oder Landgemeinden verlegen. Diese Tendenz zeigt sich insbesondere bei der Textilindustrie, die außerhalb Münchens günstigere Verhältnisse für die Deckung ihres Bedarfs an weiblichen Arbeitskräften anzutreffen glaubt. Ferner wird der Ausbau der oberbayerischen Wasserkräfte günstige Standortbedingungen für eine Reihe von Betrieben schaffen, die bisher auf Braunkohlenbasis in Mitteleuropa ansässig ist. Es wird sich hierbei vor allem um Betriebe der chemischen Großindustrie handeln.* Die Stadt Fürstenfeldbruck wurde gebeten, zum Thema Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob für die Ansiedlung eines solchen Betriebes Interesse bestünde. Am 4. März 1941 kam es im Stadtrat zu einer langen Diskussion und Abwägung über das Für und Wider des Anliegens, das, obwohl im Anschreiben nicht formuliert, in erster Linie militärtaktisch motiviert war, um rüstungsrelevante Betriebe durch Verlagerung in die ländliche Idylle besser vor Luftangriffen zu schützen. Bürgermeister und Rat erkannten, dass *der Angelegenheit grundsätzliche Bedeutung zukommt, da die Stellungnahme zu diesen Fragen auf die zukünftige Entwicklung der Stadt Fürstenfeldbruck entscheidenden Einfluß gewinnen kann.* Die Diskussion wurde im Beschlussbuch so zusammengefasst: *Fürstenfeldbruck trägt eindeutig den Charakter einer reinen Wohnstadt. Sie hat bis heute so gut wie keinerlei Industrie. Nicht zuletzt war dies der Grund für ihre steigende Beliebtheit als solche. Diese Linie als die für Fürstenfeldbruck naturgegebene soll auch für die Zukunft beibehalten werden, da jede andere, den Charakter der Stadt zuwiderläuft und ihre fernere Entwicklung ungünstig beeinflussen kann. Grundsätzlich wird daher die Ansiedlung jeder*

chemischen Industrie abgelehnt. Dagegen wird für die Ansiedlung von Klein-Industrien kein grundsätzlich ablehnender Standpunkt eingenommen. Diese Frage wäre von Fall zu Fall einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Als Gelände könnte nur das östlich von Fürstenfeldbruck gelegene Gebiet zwischen Balunlinie und Amper, das an den Gemeindebezirk Emmering angrenzt, in Betracht kommen. Da die Eingemeindung von Emmering in die Stadt Fürstenfeldbruck in absehbarer Zeit erfolgen wird, ist es notwendig, in dieser Frage die Verbindung mit der Gemeinde Emmering aufzunehmen.<sup>19</sup> Tatsächlich wurden im Kriegsverlauf verschiedene Unternehmen und deren Arbeitskräfte in den Landkreis und die Stadt Fürstenfeldbruck verlagert, wie in überlieferten Akten zum Fremdarbeitereinsatz sowie der amerikanischen Militärregierung entnommen werden kann. Das städtische Beschlussbuch hilft nur bis zum 7. Mai 1943, danach fehlen weitere Aufzeichnungen. Vermutlich fanden bis Kriegsende keine weiteren Ratssitzungen mehr statt, sodass NS-Bürgermeister Schorer nach dem Führerprinzip unter Hinzuziehung von NSDAP-Kreisleiter Emmer und des Ortsgruppenleiters Böck allein entschied.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Staatsarchiv München (= StAM), LRA FFB 11092 (Personalakte Dr. Franz Wein).
- <sup>2</sup> StAM, LRA FFB 10275 (Behebung Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft).
- <sup>3</sup> StAM, LRA FFB 10275 (Bezirksamtsblatt vom 10. 8. 1933).
- <sup>4</sup> StAM, LRA FFB 10275.
- <sup>5</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf. 417. Aufl. München 1939, S. 151f.
- <sup>6</sup> Gottfried Feder: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft (Nationalsozialistische Bibliothek 35). 5. Aufl. München 1932, S. 42, 59.
- <sup>7</sup> Wilhelm Saure: Das Reichserbhofgesetz. Ein Leitfadens zum Reichserbhofgesetz nebst dem Wortlaut des Reichserbhofgesetzes vom 29. 9. 1933 und der Durchführungsverordnungen vom 19. 10. 1933 und 19. 12. 1933.
- <sup>8</sup> Geleitwort von Walther Daré in: Saure, Das Reichserbhofgesetz (wie Anm. 7), S. 9.
- <sup>9</sup> Stadtarchiv Fürstenfeldbruck (StA FFB), Bericht des Prüfungsverbandes öffentlicher Kassen vom 11. Dezember 1937, in: Beschlussbücher Stadtrat 1935–38, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.5, Sitzung 23. 9. 1938.
- <sup>10</sup> German, Penzholz: Beliebt und gefürchtet. Die bayerischen Landräte im Dritten Reich. Baden-Baden 2016, S. 578; Peter Bierl: Karl Sepp – loyaler Beamter, völkischer Umweltschützer, Mitläufer, Täter und Helfer. In: Reinhard Jakob (Hrsg.): „... was Menschen fähig sind“. Nationalsozialismus im Brucker Land. Fürstenfeldbruck 2010, S. 218–229; sowie StAM, LRA FFB 84756 (Übergabe des Bezirksamtes an Dr. Sepp zum 21. 6. 1928); vgl. auch Roland Bartmann: Von Maulbeerbäumen und Seidenwürmern. Vom mißglückten Versuch, den Maul-

- beerbaum und die Seidenraupenzucht im Brucker Land heimisch zu machen. In: Amperland 18 (1982), S. 277–279.
- <sup>11</sup> Klaus Wollenberg: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992). Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und Maßnahmen anderer Stellen. In: H. Busley / T. Drexler / C. A. Hoffmann / P. E. Salzmann und K. Wollenberg: Der Landkreis Fürstenfeldbruck. Natur, Geschichte, Kultur. Fürstenfeldbruck 1992, S. 260; Manfred Bosch: Widerstand und Verfolgung im Kreis Fürstenfeldbruck. Sozialgeschichtliche Beiträge aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck III. In: Amperland 19 (1983), S. 403–409, hier S. 404; sowie Falk Wiesemann: Arbeitskonflikte in der Landwirtschaft während der NS-Zeit in Bayern 1933–1938. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 573ff.
  - <sup>12</sup> Klaus Wollenberg: Zur Geschichte der Sparkasse Fürstenfeldbruck bis 1945. In: Werden und Wirken. Die Sparkasse Fürstenfeldbruck in Vergangenheit und Gegenwart. Stuttgart 2000, S. 66.
  - <sup>13</sup> Harald Franke: Wirtschaftspolitik in der NS-Zeit. In: Richard H. Tilly (Hrsg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft. München/Wien 1993, S. 148–198; sowie Hauke Janssen: Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren (Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie 10). Marburg 1998.
  - <sup>14</sup> BayHStA München, Staatsministerium für Wirtschaft, Nr. 9158 Wirtschaftsamt Fürstenfeldbruck, Band I (1940–45).
  - <sup>15</sup> BayHStA München, Reichsnährstand, Nr. 458 (1925–68).
  - <sup>16</sup> StAM, LRA FFB 189 352 (Monatsberichte des Landrates, einschließlich Kreisbauernschaft und Kreisgendarmarie, an den Regierungspräsidenten, 1939–44); sowie Wollenberg, Reich und Republik (wie Anm. 11), S. 260ff.; sowie Klaus Wollenberg: Fremdarbeitereinsatz im Landkreis Fürstenfeldbruck 1939–1945. In: Jakob, Nationalsozialismus (wie Anm. 10), S. 286–295; Dirk Walter: Das Zwangsarbeiter-Lager der Firma Hebel in Emmering 1943 bis 1945. In: Amperland 37 (2001), S. 353–357; ders.: »Ein findiger Bauunternehmer mit »Kontakten««. Josef Hebel und der Aufbau des Porenbetonwerks – 220 Fremdarbeiter in der Unteren Au. In: Fürstenfeldbrucker Tagblatt 17 (22. 1. 2000); ders.: Spuren der Fremdarbeiter verliert sich in Wien. Unterschiedliche Behandlung je nach Nationalität – Schikanen und Strafgebühren. In: Fürstenfeldbrucker Tagblatt 23 (29. 1. 2000); Tobias Wäger: Nationalsozialistischer »Fremdarbeitereinsatz« in einer bayerischen Gemeinde 1939–1945. Das Beispiel Olching (Landkreis Fürstenfeldbruck). Frankfurt/Main 1998; ders.: Zwangsarbeiter im Bereich der heutigen Gemeinde Olching. In: Jakob, Nationalsozialismus (wie Anm. 10), S. 296–303.
  - <sup>17</sup> StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.6 (1938–43), Sitzung vom 3. 10. 1940.
  - <sup>18</sup> Claudia Roth: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 107). München 1997, S. 328; Barbara Falt: Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat et al. München 1988, S. 247.
  - <sup>19</sup> StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.6 (1939–43), Sitzung vom 4. 3. 1941; sowie Klaus Wollenberg: Die Entwicklung Fürstenfeldbrucks aus wirtschaftlicher Sicht in den ersten Jahren nach der Stadtwerdung 1935. In: Amperland 42 (2006), S. 243–251.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Klaus Wollenberg, Flurstr. 11, 82256 Fürstenfeldbruck

## Dr. Wolf-Armin Freiherr von Reitzenstein

Dem Doyen der Orts- und Flurnamenforschung in Bayern zum 80. Geburtstag 2020

Von Michael Henker

Dr. Wolf-Armin Freiherr von Reitzenstein entstammt einem großen alten Adelsgeschlecht, das seinen Ursprung in Oberfranken hat. Er wurde am 26. April 1940 in München als einziges Kind von Wolfgang Erich Freiherr von Reitzenstein und Rosemarie Freifrau von Reitzenstein, geb. Halm, geboren. Von 1946 bis 1950 besuchte er die Winthir-Volksschule in München-Neuhausen und anschließend das humanistische Maximiliansgymnasium in Schwabing bis zum Abitur im Jahr 1959. Nach seinem Militärdienst bei der Gebirgsartillerie in Bad Reichenhall studierte er an der Ludwig-Maximilians-Universität München Klassische Philologie, Germanistik, Geschichte und Ortsnamenkunde. 1966 absolvierte er das Staatsexamen für das Höhere Lehramt in den Fächern Latein, Griechisch und Geschichte, 1968 auch die Erweiterungsprüfung für Deutsch (Ältere Abteilung). Von 1972 bis zu seiner

Pensionierung 2005 war er am Maximiliansgymnasium als Gymnasiallehrer (zuletzt Studiendirektor) für Latein, Griechisch, Deutsch und Geschichte tätig. Er ist verheiratet mit Dr. med. Annette Freifrau von Reitzenstein, geb. Thomea, und hat drei Kinder sowie mehrere Enkelkinder.

### Ein Forscherleben für die Namenkunde

Bereits während seines Studiums widmete sich von Reitzenstein der Namenforschung. 1965 erschien der erste Aufsatz des passionierten Bergehebers, eine Untersuchung des Namens Zugspitz. 1968 folgte die Monografie »Ortsnamenforschung in Bayern. Ein Literaturbericht«, bis heute die einzige umfassende Bibliografie zum Thema. 1968 wurde er als Schriftführer in den Vorstand des 1920 gegründeten Verbandes für Flurnamenforschung in Bayern e. V. gewählt, dessen 1. Vorsitzender